

## INTERVIEW UMWELT- UND VERKEHRSMINISTERIN TANJA GÖNNER

### „Verhältnis zu den Grünen war schon besser“

CDU-Politikerin erwartet zügige Umsetzung des Stuttgart-21-Stresstests - Bei Frauenquote nach Übergangsfrist notfalls gesetzliche Lösung

**Esslingen** - Für Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner (41) war manche Kritik von Stuttgart-21-Gegnern nur schwer akzeptabel. Im Streit um das Milliardenprojekt hat es auch politische Kollateralschäden gegeben: Das gegenseitige Verhältnis von CDU und Grünen hat gelitten, erklärte Gönner gestern im Gespräch mit Hermann Neu.

Wir informieren Sie, sobald es zu diesem Thema Neues gibt!

Informieren| Einloggen| Registrieren

Was halten Sie von der Debatte in der CDU über Frauenquoten für Führungsfunktionen in der Wirtschaft?

**Gönner:** Ich würde mir wünschen, dass sich die Unternehmen selbst verpflichten, Konsequenzen zu ziehen, wenn sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nichts erreicht haben. Oder andersherum: Ich halte es für sinnvoll, über den Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder nachzudenken, dass nach einer gewissen Übergangszeit eine gesetzliche Regelung gemacht wird. Ich habe die Kanzlerin in dieser Woche so verstanden, dass sie sich dies durchaus vorstellen könnte.

Wo liegt bei Ihnen die Grenze der Langmut? Zwei Jahre, fünf Jahre?

**Gönner:** Ich glaube, dass wir uns über einen Zeitraum bis 2014 oder 2015 unterhalten.

Ministerpräsident Stefan Mappus hat für den Fall seiner Wiederwahl angekündigt, dass er mehr Frauen ins Kabinett berufen will. Für wie groß halten Sie den Nachholbedarf?

**Gönner:** Zum einen hat der Ministerpräsident vor einem Jahr bereits den Anteil der Frauen im Kabinett ausgeweitet. Er hat angekündigt, dass er dies nochmals tun will. Ich glaube, dass es wenig hilft, eine Prozentzahl zu nennen. Entscheidend ist, dass man schauen muss, dass das jeweilige Amt und die Person, die man dafür im Kopf hat, zusammenpassen.

Stuttgart 21 hat lange die Schlagzeilen beherrscht. Wie erleben Sie das Thema im Wahlkampf?

**Gönner:** Ich freue mich, dass wir zu einer sehr sachlichen Atmosphäre zurückgekommen sind. Dafür sind die Menschen auch sehr dankbar, es gibt im Land auch andere Themen als Stuttgart 21. Es gab am Beispiel Stuttgart 21 ein paar Grundsatzdebatten, die man wieder einmal führen konnte: Was gehört denn alles zum Demokratieprinzip? Einerseits die Demonstrationenfreiheit - es gehört aber natürlich auch die Frage des Respekts vor der Meinung des anderen ebenso dazu wie das Mehrheitsprinzip oder die Frage, was Rechtsstaatlichkeit bedeutet. Das sind Grundsatzfragen, die über Stuttgart 21 wieder in den Mittelpunkt gekommen sind und auch Unterschiede der zur Wahl stehenden Parteien verdeutlicht haben.

Wie sieht nach der Schlichtung ihr Verhältnis zu den Grünen und generell zu den Projektgegnern aus?

**Gönner:** Mein Verhältnis zu den Grünen war sicher schon besser. Auch Grünen-Spitzenkandidat Winfried Kretschmann sagte in einer gemeinsamen Veranstaltung, die wir in dieser Woche hatten, auf die Frage, wie er denn die Chemie beschreiben würde: Sie war schon besser. Es ist ein gegenseitiges Gefühl. Was die Stuttgart-21-Gegner angeht: Ich habe immer versucht, auf der sachlichen Ebene zu bleiben. Das werde ich auch weiterhin. Ich muss aber auch sagen, dass manche der Angriffe nur schwer akzeptabel sind, etwa das Wort Lügenpack. Wenn Herr von Herrmann von den Parkschützern im Zusammenhang mit der Versetzung von Bäumen von einem Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz gesprochen und damit wissentlich etwas Falsches gesagt und dies später wieder zurückgenommen hat, kann man sich trefflich darüber unterhalten, was eine Lüge ist und was keine.

Klarheit über Stuttgart 21 soll der Stresstest geben. Wie sieht der Zeitplan aus?

**Gönner:** Es finden heute schon Gespräche von Land, Bahn und dem Gutachterbüro SMA statt und es wird, so wie ich es mitbekomme, sehr zügig an der Umsetzung des Tests gearbeitet. Darauf warten die Menschen auch. Ich habe die Hoffnung, dass es gelingt, im Laufe des Sommers, also bis spätestens Ende September, erste Ergebnisse vorzulegen.

Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit großer Nachbesserungen ein, etwa eines weiteren Gleises im Hauptbahnhof?

**Gönner:** Ich gehe davon aus, dass es den einen oder anderen Punkt gibt, an dem man feststellt dass man unter Zugrundelegung der 30 Prozent Mehrleistung in Spitzenstunden einen besseren Betriebsablauf gewährleisten kann. Ich vermute aber, dass es eher in den Zulaufstrecken als im Bahnhof selbst sein wird. Da würde ich aber einfach abwarten, was der Test bringt.

Sie haben selbst die Beseitigung von Nadelöhren wie den Kurven in Wendlingen oder Stuttgart-Rohr als mittelfristige Aufgabe genannt. Kann es sein, dass Maßnahmen vorgezogen werden müssen?

**Gönner:** Wir waren uns schon in der Schlichtung einig, dass wir am Flughafen das zweite Gleis bauen werden. Bei den übrigen Dingen sind in Teilen der Planfeststellung die Optionen bereits enthalten. Jetzt wird der Stresstest zeigen, ob diese Optionen gezogen werden müssen.

Welche Möglichkeiten für eine ökologischere und dezentralere Energiepolitik bekommt das Land als Mit-Eigner der EnBW?

**Gönner:** Wir können sicher als strategisches Ziel ausgeben, dass die EnBW das Thema der erneuerbaren Energien und der Dezentralität der Energieversorgung als zentralen Punkt sieht. Das hat im Übrigen auch mit den anderen Eigentümern der EnBW zu tun.

Die Energieversorger haben in den vergangenen Jahren immer gut verdient. Ist da die Aussage von EU-Energiekommissar Günther Oettinger nicht erstaunlich, dass zum Ausbau der Stromnetze nun die Preise steigen müssten? Gibt es keine Rücklagen?

**Gönner:** Man muss differenzieren. Ein Riesenvolumen von einer Billion Euro für 45 000 Kilometer Leitungen in Europa ist nötig. In Deutschland brauchen wir 3500 Kilometer, auch dafür sind Milliardensummen nötig. Klar ist, dass Rücklagen gebildet wurden. Trotzdem wird nicht alles aus Rücklagen finanzierbar sein, weil es einen Riesen-Investitionsaufwand bedeutet, den Weg in die erneuerbaren Energien und eine europäische Energieversorgung zu gehen.

Morgen steht im Bundesrat die Neuordnung der Lkw-Maut auf der Tagesordnung. Unter anderem geht es um Schleichverkehr, um Mautzahlungen zu vermeiden. Sie werden auf Länderseite reden, was wird Ihre Stoßrichtung sein?

**Gönner:** Es macht keinen Sinn, vierspurige Abschnitte von Bundesstraßen, die kürzer als fünf Kilometer sind, in die Regelung hineinzunehmen. Aufwand und Ertrag stehen da in einem kaum tragbaren Verhältnis und es droht Ausweichverkehr, der auch durch Wohngebiete führen könnte. Das zweite Wesentliche ist für uns, dass wir den Bund um die Prüfung bitten wollen, ob man nicht auch vierspurige Bundesstraßen, die in der Baulast der Kommunen liegen, mit einbeziehen kann. Einfach um zu schauen, ob eine Lenkungswirkung möglich ist.

Dies würde dann etwa für die B 10 durch Stuttgart gelten?

**Gönner:** Es könnte sein, ja. Der Bund soll prüfen und Zahlen erheben, inwiefern so Mautausweichverkehr auf vierspurigen innerstädtischen Bundesstraßen auf die Autobahnen zurück gedrängt werden kann.

Artikel vom 11.02.2011 © Eßlinger Zeitung